

Antrag

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir, Insa Tietjen,
Deniz Celik, Norbert Hackbusch (DIE LINKE) und Fraktion**

Betr.: „0110101001100001 – lasst die Daten frei fließen!“ Die Bandbreiten für Schulen erhöhen! Internet für alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen!

Der Internet-Zugang der Hamburger Schulen ist laut Behörde nicht gedrosselt. Allein die Internet-Geschwindigkeit wird durch die Behörde beschränkt. Warum? Da beißt sich die Katze in den Schwanz: Die Behörde sagt, die Schulen riefen zu wenig Traffic ab. Die Schulen sagen, wir können keine größere Datenmenge abrufen, weil der Zugriff gebremst ist. Auf Anfragen teilte die Schulbehörde mit, der Internet-Zugang der Schulen wäre nicht „gedrosselt“, sondern „je nach Bedarf in definierten Bereichen skalierbar“. Keine Schule in Hamburg verfügt laut Auskunft der Behörde über eine Anschlussgeschwindigkeit von mehr als 100 MBit/s. Diese 100 MBit/s müssen sich mitunter knapp 2.000 Menschen teilen. Mit dieser Art skalierten Bandbreiten lassen sich weder die vielen Tausenden neuen digitalen Endgeräte abschließend konfigurieren, noch ein solider digital gestützter Präsenz-, Hybrid- und/oder Fernunterricht planen, geschweige denn durchführen. Besonders benachteiligt sind schulpflichtige Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen Familien und in Flüchtlingsunterkünften. Auch sie haben ein Recht auf Bildung, dem die Schulbehörde nachkommen muss – wo nötig mit der Bereitstellung geeigneter technischer Mittel. Die durch die Corona-Pandemie geweitete Kluft der Bildungsungerechtigkeit wird anerkannt und als Argument für „Regelunterricht nach Stundentafel“ herangezogen. Doch hinter der materiellen Unterfütterung dieser Ansprüche hinkt Hamburg deutlich hinter den erklärten Absichten her.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert

1. umgehend allen Schulen die aktuell technisch höchstmögliche Bandbreite freizugeben und sämtliche Bandbreiten begrenzenden Regulationen von den betroffenen Routern zu entfernen;
2. umgehend die nötigen Schritte einzuleiten, um sicherzustellen, dass alle Schulen flächendeckend mit WLAN ausgestattet und mit einer Bandbreite von mindestens 1 MBit/s pro Kopf der Schulgemeinschaft an das Internet angebunden werden;
3. umgehend für eine flächendeckende Ausstattung von Geflüchtetenunterkünften mit WLAN und einer Internet-Anbindung mit einer Geschwindigkeit von mindestens 1 MBit/s pro Bewohner/-in zu sorgen;
4. umgehend sicherzustellen, dass die digitalen Endgeräte, die an die Schulen ausgegeben wurden, in einem einsatzbereiten Zustand sind;
5. umgehend für jede Schule eine Vollzeitstelle zur Verwaltung und Wartung der digitalen Endgeräte der Schüler/-innen einzurichten;
6. digital gestützten Unterricht fortlaufend fachlich weiterzuentwickeln;

7. allen Hamburger Lehrkräften Zeiten im Umfang von 30 Fortbildungsstunden zu Fort- und Weiterbildung in Pädagogik mit digitalen Hilfsmitteln einzuräumen und entsprechend das Personal zu erhöhen;
8. zum 15. Januar 2021 der Bürgerschaft über die Umsetzung zu berichten.